



Leipziger Positionspapier

Mai 2026

Forderungen der sächsischen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zur nationalen Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung W-VO

1. Keine zusätzlichen Einschränkungen und Belastungen der Landnutzung!

Die Land- und Forstwirtschaft sowie die Binnenfischerei leisten seit Jahrzehnten einen wesentlichen Beitrag zum Natur- und Klimaschutz. Weitere Einschränkungen der Bewirtschaftung gefährden unmittelbar die wirtschaftliche Basis vieler Betriebe. Damit werden zugleich die Pflege der Kulturlandschaft, die regionale Wertschöpfung und die tatsächliche Sicherung der Biodiversität geschwächt.

2. Freiwilligkeit und Kooperation statt Ordnungsrecht und Sanktionen!

Natur- und Artenschutz in einer genutzten Kulturlandschaft kann nur gemeinsam mit Landnutzern, Grundeigentümern und Bewirtschaftern gelingen. Einseitige Belastungen zerstören Akzeptanz und gefährden die erfolgreiche Umsetzung jeder Schutzstrategie. Schutz darf nicht gegen die Menschen vor Ort organisiert werden, sondern nur mit ihnen.

Die Umsetzung von Schutzzielen darf deshalb nicht primär über Ordnungsrecht, weitere Flächenbindungen oder hoheitliche Überplanung erfolgen. Erforderlich sind freiwillige, kooperative und verlässlich finanzierte Ansätze nach dem Prinzip „Schutz durch Nutzung“.

3. Produktionsintegrierter Naturschutz statt realitätsferner Zielbilder!

Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zeigen seit Jahren mit Agrarumweltmaßnahmen, Vertragsnaturschutz, Hege und praktischen Bewirtschaftungsleistungen ihre Bereitschaft, Beiträge zur Artenvielfalt zu leisten. Maßnahmen müssen aber nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch praxistauglich, wirtschaftlich tragfähig und in die Produktion integrierbar sein.

Eine Wiederherstellung historischer Zustände ohne Rücksicht auf heutige Nutzungsrealitäten, Versorgungssicherheit, Klimawandel und regionale Standortveränderungen ist nicht tragfähig. Starre Indikatoren und zentralistische Vorgaben werden weder den natürlichen Veränderungen noch der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen gerecht.

4. Echte Beteiligung statt formaler Anhörung!

Die Akzeptanz eines Nationalen Wiederherstellungsplans steht und fällt mit einer offenen, frühzeitigen und substanziellen Beteiligung der betroffenen Landbewirtschaftler, Grundeigentümer, Waldbesitzer, Fischerei- und Angelverbände. Diese Beteiligung hat bisher nicht in dem erforderlichen Umfang stattgefunden.

Standardisierte Anhörungen oder bloße Dialogformate reichen nicht aus. Gerade bei Maßnahmen mit räumlicher Konkretisierung bis auf Landkreisebene ist ein umfassender Beteiligungsprozess auf Landes- und regionaler Ebene zwingend erforderlich. Ohne diese Beteiligung fehlt es dem Vorhaben an praktischer Tragfähigkeit und demokratischer Legitimation.

5. Verlässliche Finanzierung und vollständiger Ausgleich!

Naturschutzmaßnahmen dürfen nicht zulasten der Eigentümer, Bewirtschaftler und Betriebe verordnet werden, ohne Finanzierung und Ausgleich verbindlich zu regeln. Notwendig sind klare, belastbare und dauerhaft verfügbare Finanzierungsinstrumente für:

- Leistungen von Landbewirtschaftern und Grundeigentümern,
- Ertrags- und Nutzungsverzichte,
- zusätzliche Bewirtschaftungsaufgaben,
- Kontroll-, Monitoring- und Vollzugsaufgaben auf Ebene von Landkreisen und Ländern.

Wer zusätzliche öffentliche Leistungen verlangt, muss deren Finanzierung auch vollständig absichern.

6. Staatsmodernisierung ernst nehmen, statt neue Bürokratie schaffen!

Die nationale Umsetzung der W-VO darf nicht zu einem weiteren Beispiel für das genaue Gegenteil dessen werden, was Bund und Länder unter Staatsmodernisierung beschlossen haben. Zusätzliche Berichtspflichten, neue Dokumentationsauflagen, mehr Kontrollen, weitere Mehrfachzuständigkeiten und neue Vollzugsstrukturen sind politisch das falsche Signal.

Sächsischer Waldbesitzerverband e.V.
Sächsischer Landesbauernverband e.V.
Landesverband Sächsischer Angler e.V.
Sächsischer Landesfischereiverband e.V.
Familienbetriebe Land und Forst Sachsen und Thüringen e.V.